



Am Samstag streiken die Stadtpolizisten in ganz Frankreich

Im Rahmen einer landesweiten Bewegung rufen das Kollektiv der „wütenden Stadtpolizisten“ und mehrere Gewerkschaften alle Mitarbeiter der Police Municipale für Samstag, den 3. Februar, zum Streik auf. Ihre Forderungen beziehen sich unter anderem auf eine Aufwertung der Gehälter.

Nach den Demonstrationen der Landwirte und der Taxifahrer sind nun auch die Stadtpolizisten für Samstag zum Streik aufgerufen. Die landesweite Mobilisierung wird laut den Gewerkschaften „sehr stark“ ausfallen. Sie fordern eine bessere Anerkennung ihrer Arbeit sowie eine Erhöhung der Gehälter und Renten.

Das Kollektiv der „wütenden Stadtpolizisten“ hat rund 26.000 städtische Polizeibeamte dazu aufgerufen, sich heute ab 14 Uhr vor den Präfekturen der jeweiligen Regionen zu versammeln. Das Kollektiv setzt sich vornehmlich aus Gewerkschaften von Stadtpolizisten zusammen, darunter die fünf repräsentativen nationalen Gewerkschaftsbünde, sowie der im März 2023 gegründete Verband der Stadtpolizisten Frankreichs (Fédération nationale des policiers municipaux de France, FNPM).

„Wir sind echte Polizisten, der einzige Unterschied zur Nationalpolizei oder Gendarmerie ist, dass wir keine Ermittlungen durchführen und keine Anzeigen entgegennehmen, aber auf der Straße haben wir genau die gleichen Aufgaben und die damit verbundenen Risiken“, sagt ein Gewerkschaftsvertreter und erinnert daran, dass Stadtpolizisten ebenfalls bei „einem Raubüberfall oder einem Terroranschlag“ eingesetzt werden können.

Die Stadtpolizisten möchten, dass die „Polizeizulage“ oder „monatliche Sonderzulage für Polizeifunktionen“ (ISMF), die bis zu mehreren hundert Euro pro Monat betragen kann, auch für sie obligatorisch wird. Sie wollen auch, dass die Zulage auf 25 % des Grundgehalts angehoben wird und in die Rentenberechnung einfließt, wie es etwa bei der Berufsfeuerwehr mit der „Feuerprämie“ der Fall ist.

Sie fordern auch ihre Einstufung in eine höhere Besoldungsgruppe sowie alle fünf Jahre ein zusätzliches Jahr Rentenanrechnung. „Seit der Rentenreform kann ein Stadtpolizist mit 59 Jahren und 900 Euro netto im Monat für 30 Dienstjahre in Rente gehen, während ein Nationalpolizist mit mindestens 1.000 Euro mehr in Rente geht. Also sind wir gezwungen, erst mit 62 oder 64 Jahren in Rente zu gehen, aber es ist kompliziert, in diesem Alter kriminellen Jugendlichen hinterherzujagen“, argumentiert die Gewerkschaft.

Die Stadtpolizisten hoffen, dass die bevorstehenden Olympischen Spiele, bei denen sie an vorderster Front stehen werden, um die in die Austragungsorte versetzten Nationalpolizisten und Gendarmen zu ersetzen, Druck auf die Regierung ausüben werden.